

Die Brandmauer zwischen rechts und ganz rechts Deutschland im Widerstreit zweier Fassungen von nationalem Notstand

Der Kanzler ist unzufrieden mit seinem Volk

Seit einem Jahr arbeitet die Regierung Merz eine umfassende Reformagenda aus und ab, um Deutschland wieder stark, in Europa und in „einer Welt der Großmächte“ selbst großmächtig zu machen. Angesichts weltpolitischer Herausforderungen findet sie den Zustand, in dem sie das Land von ihrer Vorgängerregierung übernommen hat, völlig ungenügend. Die Gesellschaft muss mehr als bisher für den Staat und seine Stellung in der Welt leisten.

Unzufrieden ist Merz zuerst mit dem Volk als Wirtschaftsfaktor: „Die Arbeitskosten sind zu hoch!“, die Arbeitszeit – täglich, wöchentlich, lebenslang – ist zu kurz! „Wir müssen alle wieder mehr arbeiten.“ Natürlich nicht „wir alle“, sondern der Teil des großen Wir, der die Lohnkosten verursacht und dessen Leistungen sich offenbar nicht in den geforderten nationalen Zuwächsen niederschlagen. Deshalb ist auch „das Soziale“, die Verwaltung der Lebensnöte dieses Volksteils, zu teuer: „Bei dem Nationalprodukt, das wir heute erwirtschaften, können wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten wie bisher.“ Dem Kanzler, der das Geld des Staates für anderes braucht, sind die Zuschüsse des Staatshaushalts zur Rentenkasse zu hoch, und dem Kapital will er steigende Beiträge in diese und andere Sozialkassen schon gleich nicht zumuten. Also steht eine große Rentenreform an, die die Leistungen dieser Kasse besser an die beschränkten Mittel anpasst, die aus den Lohnabzügen der Beitragszahler zusammenkommen. Auch bei den Krankenkassen reichen die eingesammelten Zwangsbeiträge nicht mehr annähernd für die Bezahlung der Kassenleistungen; ihre Ausgaben sind deswegen zu hoch und sollen gesenkt werden. Dasselbe gilt für die Pflege: Dort werden die Pflegegrade neu definiert mit dem Ziel, insgesamt weniger Geld für die Pflegebedürftigen auszugeben. Die Selbstbehauptung Deutschlands braucht einfach mehr Armut.

Unzufrieden ist der Kanzler zweitens mit der moralischen Verfassung seines Volkes: Es fehlt an der Bereitschaft, Opfer zu bringen. „Lifestyle-Teilzeit“, „jahrzehntelanger Rentenbezug“ nach Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, „Bürgergeld ohne Arbeit“ – im Wochenrhythmus skandalisieren seine Leute neue Beispiele des verbreiteten, völlig überzogenen Anspruchsdenkens. Statt realistischer Bescheidenheit und Vertrauen in die Fähigkeit der Politik, „die Probleme zu lösen“, grassiert Genörgel. Der Kanzler will da mehr Optimismus und einen Geist des Aufbruchs sehen.

Unzufrieden ist er schließlich mit der deutschen Wirtschaft, die nicht wächst und dem Staat die Zuwächse schuldig bleibt, die er für seine großen Vorhaben braucht. Sie bekommt allerdings keine Vorwürfe zu hören, sondern erntet viel Verständnis dafür, dass ihr das Wachsen so schwerfällt. Ihr muss geholfen werden; denn damit die Wirtschaft mehr für den Staat leistet, muss sie zuerst mehr für die Bereicherung der Kapitaleigner leisten. Deren Vermögen sollen wachsen und Investitionen auslösen; deren Partikularinteresse ist eben zugleich das nationale Gesamtinteresse, dem alles und alle zu dienen haben – in der Krise der Nation muss dies noch entschiedener durchgesetzt werden.

• Im Zuge des Wirtschaftskriegs der EU gegen Russland entfallen die preisgünstigen Importe von russischem Öl und Gas, sodass die Energiepreise explodieren und die Gewinnrechnungen der Stahl-, Chemie- und anderer Industrien nicht mehr aufgehen. Also werden die energieintensiven Industrien von der CO₂-Bepreisung ausgenommen; für die übrigen wird ein subventionierter „Industriestrompreis“ von einem Viertel des Verbraucherpreises eingeführt. Zudem gewährt der Staat, dem die Steuern nicht reichen, den Unternehmen aller Sparten erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten und Steuererleichterungen.

• Hauptsächlich aber fasst die Regierung lauter Ursachen für die flauere Konjunktur ins Auge, die sie ihrer Vorgängerin zur Last legt, was dem Wirken der ‚Ampel‘ im Nachhinein das vernichtende Prädikat „ideologisch motiviert“ einträgt. Alles, was nicht dem aktuellen und schnellen Wirtschaftswachstum dient, wird als idealistisch, verblendet, jedenfalls realitätsfern ins Unrecht gesetzt. Regelungen und Rücksichten, die dem kapitalistischen Geschäft mit Blick auf andere Gemeinwohl-Gesichtspunkte, vor allem aber im Interesse seiner eigenen dauerhaften Fortsetzbarkeit – der „Nachhaltigkeit“ – aufgezungen wurden, „können wir uns heute nicht mehr leisten“.

• Die unter dem Titel der Klimarettung propagierte Umstellung auf CO₂-arme Energietechnik und Mobilität wird wegen der damit verbundenen Kosten als Konkurrenznachteil für die deutsche Wirtschaft – und damit als grüne Spinnerei verworfen, in der Praxis verwässert und dem Vorrang der „Wirtschaftlichkeit“ unterworfen. In Brüssel kämpft die deutsche Regierung gegen den politisch gesetzten Zeitplan der Umstellung auf E-Autos für ein Aus des „Verbrenner-Aus 2035“.

• In demselben Sinn bekämpft sie das europäische Lieferkettengesetz; das striktere deutsche hat sie schon vorher kassiert: Sie hält es für eine unerträgliche Zumutung gegenüber international tätigen Firmen, dass die bei ihren Lieferanten auf die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards achten sollen, und will sie von diesem humanistischen Luxus, der nicht in die neue Zeit passt, befreien.

• Befreit werden soll die geknebelte Wirtschaft auch von den Fesseln der Bürokratie. Mit diesem Schimpfwort denunziert die Regierung insgesamt und pauschal alle staatlichen Zwecke und Kontrollbedürfnisse gegenüber dem privaten Kapital, die nun einmal von Behörden – Bürokraten eben – exekutiert werden, als lästige und unnötige Schikanen, die die Wirtschaft nur am Wachsen hindern. „Einfach mal machen lassen!“, „Mehr Vertrauen in die Unternehmen!“ ist die Leitlinie. Die tun ihren Dienst am Geldbedarf des Staates am besten, wenn der ihnen Rücksichten auf Gesundheit, Umwelt, andere gesellschaftliche Interessen erspart und alle Freiheiten einräumt. Rückbau in diesem Sinn betreibt die Regierung auch bei den juristischen Einspruchs- und Klagemöglichkeiten von Anrainern, Kommunen, Verbänden bei Großprojekten: Alle Gesichtspunkte und Interessen, die diese in solche Projekte einbringen können, fassen sich für die Regierung in einem Wort zusammen: Bremsen, die Projekte verzögern und verteuern, also Wachstum behindern.

In einem Punkt allerdings ist der Kanzler mit seinem verwöhnten und nörgelnden Volk sehr einverstanden. Dass seine verschärfte Abwehr von Migranten – abgesehen von ein paar Kirchenleuten und Altlinken – auf keinen Widerspruch, sondern eher auf den Seufzer „Endlich!“ stößt, versöhnt ihn mit der Basis und macht ihm klar, dass mit den Leuten, die er regiert, etwas anzufangen ist. Mit seiner fremdenfeindlichen Borniertheit, die die massenhafte Zurückweisung von Asylsuchenden an den Grenzen und die zunehmenden Abschiebungen als Dienst an seiner Identität und Heimat begrüßt, liegt das Volk richtig. Gerade in Zeiten, in denen die Nation wegen äußerer Herausforderungen ihre Kräfte zusammennehmen und sich gegen Feinde behaupten muss, kommt es darauf an, dass die Bürger die Nation für ihre Sache und das Volkskollektiv, das der Staat organisiert, für ihre eigene, gegen alles Fremde zusammenhaltende Gemeinschaft halten. Darauf kann die Regierung aufbauen.

Die alternative Volkspartei ist unzufrieden mit der Regierung

Die größte und nicht nur zahlenmäßig eigentliche Oppositionspartei im Bundestag lässt an der Regierung kein gutes Haar: Merz und seine

VORTRAG & DISKUSSION

Die umstrittene Staatsräson der BRD

Referent: ein Redakteur der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT

Frankfurt: Dienstag, 12. Mai 2026, 19 Uhr
DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69
Zugang über den Hof, Veranstalter: farbeROT

Marburg: Montag, 11. Mai 2026, 19 Uhr
Seminargebäude Pilgrimstein 12, Raum 105 (+1/0050)
Veranstalter: Gruppe GegenSatz Marburg

Das wichtigste Bauwerk Deutschlands im Jahr 2026 ist die „Brandmauer“. Die brauchen die regierenden Christdemokraten gegen die AfD, weil diese Hüter alles demokratisch Guten und Schönen sonst selbst nicht mehr wissen, was sie auf so vielen Politikfeldern von der als „undemokratisch“ ausgegrenzten Alternative noch trennt.

- Von noch jedem beliebigen Misstand - von der Wartezeit für Kassenpatienten beim Arzt, der Gewalt gegen Frauen, den Zuständen auf dem Wohnungsmarkt - schließen sie wahnhaft auf die Ursache „Migration“ als dem Unglück schlechthin. Da sind sich „Stadtbild“-Merz und sein CSU-Minister fürs Grobe mit der „Remigration!“ und „Deutschland den Deutschen!“ fordernden AfD einig. Der Reststreit bezieht sich auf die passende Radikalität beim Fernhalten und Rausschmeißen, sowie auf das dazu passende ‚Wording‘.
- Rot-Schwarz rückt mit „Sozialreformen“ den verwöhnten Teilen des Volkes auf die Pelle, die es sich im Existenzminimum und sonstigem Luxus am untersten sozialen Rand gemütlich gemacht haben. Und die AfD besteht darauf, dass gerade dort unten nichts so wichtig ist wie der Unterschied zwischen deutsch und fremd, auf den beim Sozialkahlschlag gebührend zu achten ist.
- In Bezug auf die Beschimpfungen der unter dem Titel „Klimawandel“ betriebenen energie-imperialistischen Umstellung des deutschen Kapitalstandorts als „grünen Wahn“ nehmen regierende und opponierende Rechte sich im Prinzip nichts: Wieder ist der radikal auftretenden ‚Alternative für Deutschland‘ – gar nicht sehr alternativ – der Kanzler nur nicht konsequent genug.

Mehr Einigkeit war selten. Warum dann also immer noch die Brandmauer?

Unsere Behauptung: Weil die eine entscheidende Alternative, die sich dieser Republik tatsächlich stellt, zwischen den Rechten und den ganz Rechten total umstritten ist: **Wie weiter mit Deutschland als imperialistischer Macht?**

Denn der Erfolgsweg der Nation, ihr Aufstieg zur viertgrößten globalen Wirtschafts- und europäischen Kontinentalmacht im Rahmen der verharmlosend so getauften „regelbasierten Weltordnung“ ist in Not geraten: Ihm ist durch Russlands Krieg in der Ukraine und durch Trumps Kündigung der Einheit des Westens die Grundlage entzogen. Angesichts dessen steht Deutschland vor der Alternative, sein bis neulich noch so durchschlagendes Erfolgsprinzip irgendwie zu retten oder als einen nationalen Irrweg endgültig wegzuschmeißen.

Mannschaft versprechen viel und halten nichts. Auf allen Feldern der Politik bleiben sie die Wende schuldig, die sie angekündigt hatten. Die katastrophale Verfassung des Landes, die Merz vor der Wahl drastisch, aber offenbar unehrlich angeprangert hatte, bessert sich nicht: Die Energiepreise sind immer noch viel zu hoch, die Deindustrialisierung geht weiter, immer noch gibt der Staat Geld für Nicht-Deutsche aus und für Asoziale, die Migration ist nicht gestoppt, geschweige denn durch Remigration umgekehrt, gegen Überfremdung wird nichts unternommen und auch nichts gegen den „Genderwahn“, der die moralische und biologische Reproduktion der Nation untergräbt. Der „Tu-Nix-Kanzler“ lässt sich von der linken SPD an all dem hindern, was nötig wäre und wofür es doch eine rechte Mehrheit im Parlament gäbe. Den Umstand, dass die Koalition ihre konservative Wende in den Schranken des Rechtsstaats vorantreibt, sich also an deutsche und europäische Gesetze hält, gerade wenn sie deren Grenzen austestet, anstatt der nationalen Notlage entsprechend umstürzend durchzugreifen, präsentiert die AfD wie einen Beweis für ihre Vorwürfe: Die wollen gar nichts ändern.

Mit solchen Polemiken füllen die Rechtsradikalen die beiden Rollen einer demokratischen Opposition wie die einer echten Volkspartei vorbildlich aus: Sie messen die Regierung am Erfolg von deren eigenem Programm, vermissen Geduld und Entschlossenheit sowie Konsequenz und Härte beim Durchregieren. Damit vertreten sie das Recht des Volkes aufs Regiert-Werden, das das auch spüren will. Sie repräsentieren und mobilisieren für sich die andere Seite des autoritäts-süchtigen Volksgenossen: seine Verachtung und Aufsässigkeit gegen Politiker, die ihm durchgreifende Führung vorenthalten – und ihn stattdessen dadurch bevormunden, dass sie milde Vorbehalte gegen völkische Exzesse formulieren.

Die Kanzlerpartei gibt den Angriffen der AfD in den entscheidenden Punkten recht; es ist ja ihr eigenes Programm, an dem sie gemessen und blamiert wird: Migration stoppen bzw. auf die gebrauchten Fachkräfte begrenzen, Ökologie als grüne Abirrung von der „wirtschaftlichen Vernunft“ verwerfen, den Sozialstaat verschlanken, den Kulturkampf gegen Reste des rot-grün ver-sifften Zeitgeistes führen usw. – das alles ist ▶

► ihre Sache. Ausdrücklich zur Identität mit den Rechtsradikalen bekennen sich beide Koalitionsparteien, wenn sie einander dazu aufrufen, die Reformen schnell und konsequent voranzutreiben, weil Zögern und Abschwächen nur der AfD in die Karten spielen würde. Die Warnung zeugt davon, dass Regierung und Opposition eine Konkurrenz ums Gleiche austragen. Davon gehen auch die Kommentatoren in den Medien aus, wenn sie darüber aufklären, dass die AfD die Regierungsparteien besonders in der Migrationsfrage vor sich herreibt, und beklagen, dass die sich auch treiben lassen. So viel stimmt daran ja, dass solchen Druck politische Rivalen nur dann aufeinander ausüben, wenn sie um die Bewältigung eines feststehenden, geteilten Handlungsbedarfs streiten. Unbeachtet bleibt bei den journalistischen Durchblickern aber, dass die wachsende Fremdenfeindlichkeit im Land nicht einem exklusiven Fimmel der Rechtsradikalen entspringt, sondern nach dem humanistischen Missgriff der Merkel-Ära längst Bedürfnis und Regierungspraxis der Christenparteien, also eine von ihnen geschaffene Normalität ist, die die Opposition von rechts nur weiter zuspitzt.

Längst gibt es Politiker in den Reihen von CDU/CSU, die die Koalition mit der SPD als Verwässerung der konservativen Mission beklagen, der sie sich in der Opposition verschrieben und mit der sie die Wahl gewonnen haben. Mit der AfD könnten sie viel von ihrer rechten Wende leichter durchsetzen als mit der – im Sinn der BRD – eigentlichen konservativen Partei SPD. Die jungen Abgeordneten der Christenfraktion und andere verweigern dem Kanzler bei verschiedenen Abstimmungen dann auch die Gefolgschaft; bei solchen nämlich, die Absprachen und Kompromisse mit dem ungeliebten Koalitionspartner betreffen – wie etwa die Besetzung eines Verfassungsrichterpostens mit einer liberalen Juristin oder die Vertagung des Beschlusses zur Rentenabsenkung bis nach 2030. Sie stellen den Fortbestand der Koalition infrage und damit implizit oder explizit die sogenannte „Brandmauer“. Dagegen aber verwahren sich die konservativen Spitzenpolitiker ganz entschieden: Je mehr sie sich dem kulturkämpferischen Gestus und der sozial- und ausländerpolitischen Programmatik der AfD annähern, desto fester bestehen sie auf ihrer Brandmauer: Mit der AfD darf es keinerlei Zusammenarbeit geben.

Bis auf Weiteres steht die Brandmauer – warum eigentlich?

Merz, Söder, Spahn geben Auskunft, warum nicht zusammenfinden darf, was in so vielen Programmpunkten zusammengeliegt: Alle Nähe im Kampf um eine neue Indienstnahme des Volkes für das Wiedererstarken der Nation darf nicht den eigentlichen Gegensatz zwischen den politischen Lagern relativieren: Die „in Teilen erwiesenermaßen rechtsradikale Partei“ will gar nicht „das Deutschland, das wir kennen“ sanieren, sondern „eine andere Republik“. Formell begründen die Koalitionäre und gleichgesinnte Oppositionsparteien die Notwendigkeit, die AfD auszugrenzen, mit deren regelmäßigen anti-antifaschistischen Provokationen, deren Verachtung für den Rechtsstaat, die demokratischen Werte und universellen Menschenrechte. Darin steckt zugleich ein gar nicht ethischer, sondern staatsmaterialistischer Inhalt. Die AfD lehnt den Kurs ab, der Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg groß und erfolgreich gemacht hat: seine Einbettung in supranationale Organisationen wie EU, NATO und UNO, seine praktizierte Mitverantwortung für die Sicherung der Staatenordnung sowie die Verfolgung nationaler Interessen in deren Rahmen und mittels des Status, den das Land darin erworben hat. Vor allem verurteilt sie das Aufgehen der D-Mark in der europäischen Gemeinschaftswährung Euro als Verschleuderung der speziellen deutschen Machtpotenz und Aufgabe der ökonomischen Souveränität. In allem sieht die AfD nichts als die Unterordnung des Vaterlands unter nicht-nationale, also fremde nationale Interessen, eine verantwortungslose nationale Selbstverleugnung. Der entscheidende Prüfstein der Unvereinbarkeit ist ihre Ablehnung des deutschen Engagements im Ukraine-Krieg: Wenn Berlin den Krieg mit der Begründung schürt, dass die „europäische Friedensordnung“, nämlich der Respekt vor der in der UNO-Charta niedergelegten Unverletzlichkeit der Grenzen auf dem Spiel stehe, erkennen AfD-Politiker darin nicht die weitreichenden Ambitionen dieser Nation als kontinentale Ordnungsmacht, sondern dass die sich für internationalistische Hirngespinnste, in Wahrheit für den Imperialismus der USA vor Trump, wahlweise auch für

den sowieso chancenlosen Nationalismus der ukrainischen Führung hergibt; sich fremden Anliegen dienstbar macht, anstatt sich von den eigenen nationalen Interessen leiten zu lassen: „Nicht unser Krieg!“ Für ihren falschen Krieg haben die „Altparteien“ die guten und vorteilhaften Beziehungen zu Russland kaputt und sich die große Macht im Osten zum Feind gemacht. Der Wegfall der günstigen Energieimporte von dort untergräbt die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Und so weiter.

Mit diesem Standpunkt kriegen die Rechtsradikalen inzwischen so was von recht: Nicht nur, dass überall in Europa ihr gleichgesinnte Parteien hochkommen, die ihre Nation ebenfalls vom Joch des europäischen Supranationalismus und zum unrelativierten Ausreizen der jeweiligen nationalen Macht- und Erpressungspotenzen befreien wollen. Mit dem überall wachsenden Zuspruch der Wähler liefern sie einander den Beleg, dass der bisherige Weg ihrer Länder sowieso keine Zukunft hat. Viel gewichtiger aber ist die Bestätigung, die die AfD vom neuen US-Präsidenten erfährt: Erstens durch sein Vorbild, das dem Weltordnungs-Imperialismus seiner Vorgänger als einer viel zu wenig am unmittelbaren Nationalinteresse ausgerichteten Form der Weltherrschaft abschwört. Zweitens praktisch dadurch, dass die Absage Trumps an eine gesamtwestliche antirussische Front in Osteuropa und seine die Europäer übergehenden Friedensverhandlungen mit Russland einen irgendwie bilanzierbaren europäischen Machtbeweis und einen ukrainischen Erfolg ziemlich aussichtslos machen. Die Polemik der AfD gegen die deutsche Unterstützung dieses „längst verlorenen Krieges“ kann je länger, desto mehr die politische Tugend des „Realismus“ für sich reklamieren: Deutschland stehe vor dem Scherbenhaufen seiner un-nationalen Politik.

An dieser neuen Lage kämpfen sich die Regierung und ihre Unterstützer ab. Sie sind damit konfrontiert, dass zwei aufeinanderfolgende „Zeitenwenden“ dem 75-jährigen Erfolgsweg Deutschlands tatsächlich die Existenzgrundlage und damit der Republik ihre lange unerschütterliche Rason entziehen.

Die Katastrophe der deutschen Staatsräson in zwei Schritten

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 setzt dem Konzept der friedlichen Eroberung des Kontinents durch die EU – und in ihr durch die deutsche Führungsmacht – ein Ende. Das von der NATO unter US-Führung über die Staatenwelt verhängte, wo immer nötig mit Gewalt zur Geltung gebrachte Gewaltverbot hat die russische Großmacht nicht davon abgehalten, Aufbau und Aufrüstung eines in EU und NATO integrierten Feindstaates in seinem „Nahen Ausland“ mit Krieg zu stoppen. Die Geltung dieses Gewaltverbots aber war es gerade, die den ökonomischen Potenzen der kapitalistischen Mächte Europas – ihrer Verfügung über den großen kontinentalen Markt, über exportwilliges und -fähiges Kapital sowie über die Fähigkeit, Zugang zu Kredit zu gewähren – die Qualität einer politischen Zwangsgewalt verschafft hatte, die den für die fortschreitenden EU-Erweiterungen vorgesehenen Staaten keine Wahl ließ. Unter der Bedingung entschiedener Gewaltverhältnisse blieb denen in Westeuropa, nach dem Ende des Sowjetblocks auch im Osten nichts anderes übrig, als ihr nationales Heil in der Beteiligung an der kapitalistischen Konkurrenz auf dem europäischen Markt zu suchen, den eben die überlegen konkurrenzfähigen EU-Mächte in Besitz hatten. Die haben den Akkumulationsraum ihres Kapitals Zug um Zug erweitert, die Märkte ihrer Kandidatenländer besetzt und übernommen, indem sie diese Staaten wirtschaftlich öffneten, sie in ihren Block eingliederten und dessen supranationalem Recht unterwarfen.

Es ist diese Macht, den Kontinent mittels ökonomischer Potenzen politisch zu beherrschen, die die dominierenden EU-Staaten durch Finanzierung und Bewaffnung der ukrainischen Gegenwart gegen die russische Invasion unter dem Namen einer „europäischen Friedensordnung“ verteidigen. Der zivile Imperialismus der europäischen Mächte braucht nun einen Krieg und eine russische Niederlage – „Gewalt darf sich nicht lohnen!“ –, damit die Funktionalisierung der europäischen Staatenwelt für die Vormächte der EU innerhalb und außerhalb ihrer Union weiterhin alternativlos bleibt.

Den Krieg der Ukraine gegen die Invasion finanzieren und lenken die NATO-Staaten zu-

nächst gemeinsam; an vorderster Front die amerikanische Weltordnungsmacht, die das von ihr beanspruchte Monopol auf den Gebrauch militärischer Gewalt vom russischen Krieg herausfordert sieht. Im Ringen um die Behauptung dieses Monopols stellen sich die USA de facto hinter den Machtanspruch der EU gegen Russland auf ihrem Kontinent und verschaffen deren Engagement gegen die russische Atommacht die nötige atomare Rückendeckung. So macht sich für Deutschland – noch einmal – seine Ein- und Unterordnung in und unter das US-Weltkriegsbündnis bezahlt. Dass es selbst durch die Art seiner Rüstung und die damit definierten „Fähigkeiten“ auf ein autonom handlungsfähiges Militär – vor allem auf eigene Atomwaffen – verzichtet, dass es seine Gewaltmittel überhaupt nur im Rahmen und als Teilstreitmacht in Bündniskriegen unter US-Kommando zum Einsatz bringen, also unmöglich als Gewaltkonkurrent der USA auftreten kann, sichert der westlichen Führungsmacht die unverbrüchliche Treue ihres deutschen Verbündeten – und diesem die Solidarität der Supermacht gegen die Gewalt imperialistischer Konkurrenten. Deutschland akzeptiert für sich im Kollektiv der Ordnungsmächte eine beschränkte militärische Souveränität und beschafft sich damit die Beschränkung der Souveränität aller Staaten, mit denen es zu tun hat.

Auf dieser Basis hat es seinen europäischen Block und die eigene Führungsrolle in ihm immer weiter ausgebaut, dem großen Verbündeten auch wirtschaftlich, mit dem Euro sogar auf dem Feld der Währungen Konkurrenz gemacht und sich als global gewichtige EU- und NATO-Macht konstruktive und lohnende Beziehungen zu Staaten wie Russland und China auch dann noch geleistet, als die USA diese schon als Weltmachttrivalen in Schach und klein zu halten bemüht waren.

Das alles auf einer prekären Grundlage: Die wirtschaftlichen Zwangsmittel funktionieren erstens nur unter der Voraussetzung der allseitigen Respektierung der etablierten internationalen Gewaltverhältnisse, die Deutschland nicht garantieren kann; sie funktionieren zweitens schon in der EU nur in der Form von Kompromissen und Tauschgeschäften, die eine definitive Unterordnung und einseitige Indienstnahme der Partner für deutsche Größe ausschließen. Die europäische Führungs- und „globale Mittelmacht“ hat, nutzt und beansprucht somit längst einen Status in der Hierarchie der Mächte, den sie mit eigenen Mitteln überhaupt nicht untermauern kann.

Das deckt US-Präsident Trump brutal auf, indem er mit Beginn seiner zweiten Amtszeit dem Schlachten in der Ukraine den Status eines Weltordnungskrieges und den europäischen Verbündeten den Status mit-weltordnender Mächte aberkennt. Er sucht einen eigenen Frieden mit Russland, der auf den europäischen Anspruch auf Degradierung und Verdrängung der eurasischen Großmacht aus Europa keine Rücksicht nimmt. Den Europäern entzieht er schrittweise die Unterstützung und Rückendeckung für ihre indirekte Konfrontation mit Russland und manövriert damit besonders die Führungsmächte in die prekäre Rolle der eigentlichen Feinde Russlands, die entweder die Konfrontation und damit ihren ausschließenden Herrschaftsanspruch über Europa aufgeben oder sie mit eigenen Mitteln und auf eigenes Risiko bestehen müssen – was sie sowohl wegen ihrer NATO-arbeitsteilig beschränkten militärischen Potenzen, denen vor allem die atomare Eskalationsfähigkeit abgeht, als auch wegen des unfertigen Zustands ihrer Union als Kriegssubjekt unter einem einheitlichen Kommando hier und heute und noch eine ganze Weile lang nicht können.

Putins Krieg und Trumps Wende zerstören das Fundament der weltpolitischen Rolle Deutschlands: die von der US-geführten NATO realisierte Relativierung der Souveränität aller Nationen; vereinbart zwischen den Verbündeten in Form ihrer kollektivierten Militärmacht, per Abschreckung erzwungen gegenüber dem Rest der Welt. Auf Basis der Ausrichtung militärischer Gewaltanwendung durch das westliche Bündnis auf die Erzwingung eines zivilen Verkehrs zwischen den Nationen hat Deutschland sich erstens die europäische Staatenwelt erschlossen, die Europäische Union wirtschaftlich dominiert und – in Kooperation mit Partnern – dirigiert. Zweitens konnte es sich, auf seine weltweit zweitwertigste Wirtschaftsregion gestützt, als Repräsentant Europas fast gleichrangig den globalen Mächten USA, Russland, China, dem Rest der Staatenwelt sowieso gegenüberstellen. Jetzt steht der gewalt-

samen Selbstbehauptung Russlands keine einige NATO mehr gegenüber, die dem Rivalen Krieg und Kriegserfolge verwehrt; der US-Präsident seinerseits hat kein Problem mit dem Einsatz kriegerischer Gewalt, nur nichts mehr übrig für eine kollektiverte Gewalt und deren Einsatz für eine globale Gewaltordnung: Das nötigt alle Staaten, setzt sie aber auch frei, den Respekt vor ihren vitalen Interessen mit der militärischen Gewalt zu erzwingen, die sie selbst aufbringen können. Dem Standpunkt der alternativlosen, aber freiwilligen Unterordnung der europäischen Staaten unter das supranationale Regime ihrer Union, den die BRD geltend gemacht hat und dem sich die Mitgliedsländer weitgehend anbequem haben, ist damit der Boden entzogen: Der innere Zusammenhalt und die Disziplin in der EU werden zweifelhaft. Es ist nicht einmal mehr ausgemacht, dass und wie die Union überhaupt zusammengehalten und die deutsche Führungsrolle in ihr behauptet werden kann: Ohne die Relativierung der nationalen Souveränitäten durch das amerikanische Weltkriegsbündnis ist Deutschland mangels militärischer Macht dem eigenen Erfolgsanspruch nicht gewachsen.

Der politische Kampf um Volksidentität und Volksverrat – die demokratisch verfremdete Tour, das Volk mit der Krise der Staatsräson zu befassen

Außenpolitisch kämpft die Regierung um die Rettung des unhaltbar gewordenen deutschen Erfolgswegs: Mittels einer gigantischen Aufrüstung und einer „Koalition der Willigen“ tut man alles, um die Fortführung des Krieges in der Ukraine auch ohne US-Unterstützung und gegen den Willen Trumps sicherzustellen und sich über diesen Krieg hinaus für die Konfrontation mit Russland zu befähigen. Teils ist der deutsche Kanzler bemüht, dafür durch Entgegenkommen gegenüber der US-Administration einen Rest von Bündnis zu retten; teils besteht er, besonders nachdem Trump Anspruch auf den Besitz von Grönland erhoben hat, darauf, dass Europa für sich allein stehen und kämpfen kann und sich auch vom großen (Ex-)Verbündeten nichts gefallen lassen darf und muss.

Im Inneren ringen die alten „Systemparteien“ um die Mobilisierung des Volkes, das mehr für die gefährdete Selbstbehauptung des Staates leisten muss, und um seine geschlossene Unterstützung dafür. Das verlangt, die AfD aus dem patriotischen Konsens auszuschließen; sie hält ja die fragwürdig gewordene europäische Rason der BRD selbst und nicht erst ihre Verunmöglichung für die eigentliche nationale Katastrophe. Diese, den Weg der Nation bedrohende Kraft bekämpfen sie, wie es sich für Demokraten gehört, in anstehenden Wahlkämpfen. Ihr Werben um ein Mandat für den Versuch, den Kurs der europäischen Integration durch die Fortentwicklung der EU zu einer auch militärisch autonomen Weltmacht zu retten, betreiben sie in der unsachlichen, für die Wahlwerbung aber passenden Form des Hochhaltens edler Werte, also der Beschönigungen ihrer imperialistischen Praxis: Da stehen dann Demokratie gegen die „Achse der Autokraten“, die „regelgeleitete Weltordnung“ gegen das „Recht des Stärkeren“, die europäische Zusammenarbeit, „die wir brauchen“, gegen engstirnigen nationalen Egoismus, „der uns isoliert“, schließlich und zusammenfassend der weltoffene, europäische Deutsche gegen eine völkische Selbstauffassung des nationalen Kollektivs. Die wirkliche Krise der Rason ihres Staates bekommen die regierten Bürger als Streit um die zeitgemäße Fassung „nationaler Identität“ vorgelegt. Beim Ringen um die Frage „Wer sind wir?“ kann von Verharmlosung oder davon, dass den Bürgern der Ernst der Lage vorenthalten würde, freilich nicht die Rede sein. Unter dem Stichwort der nationalen Verantwortung kommt alles zur Sprache: „In einer Welt der Großmächte müssen auch wir die Sprache der Macht erlernen“ (Merz); „Wir“ brauchen den Krieg in der Ukraine. Ihren demokratischen Höhepunkt findet die argumentative Auseinandersetzung mit der AfD deshalb in dem an sie zurückgereichten Vorwurf des Vaterlandsverrats: Mit der Ablehnung des für „uns“ so wichtigen Krieges betreibe diese „Fünfte Kolonne des Feindes“ das „Geschäft Putins“, mit ihrer Forderung nach Frieden spalte sie das Volk. Auch ihre Nähe zu Trump, der „nicht unser Freund“ ist, spricht gegen die nationale Zuverlässigkeit der Rechten.

Wie geht Nationalismus in kriegerischen Zeiten richtig? An dieser Frage dürfen sich die Deutschen spalten. ◀

„Stadtbild“

„Bei der Migration sind wir sehr weit. Wir haben in dieser Bundesregierung die Zahlen August 24, August 25 im Vergleich um 60 % nach unten gebracht, aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem, und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen.“ (Merz bei Antrittsbesuch in Brandenburg, 14.10.25)

Das ist er also, der Geist der demokratischen deutschen Republik 2025, verkündet von ihrem Chef an alle und für alle seine guten Deutschen und alle anderen gleich mit: Laut „Migration“ zu sagen, ist dasselbe, wie „bloß nicht!“ zu meinen, also „Ausländer raus!“ zu fordern. Und weil Merz nicht nur so ein guter, sondern auch noch allmächtigster Deutscher ist, braucht er nicht zu fordern, sondern kann zupacken, und diesbezüglich hat er erstens eine gute und zweitens eine noch viel bessere Nachricht: Erstens kommt die Anti-Migranten-Praxis erfreulich gut voran – das liest er an den Zahlen ab, die er darum auf den Monat und die Prozentzahl genau unters migrantengeplagte Volk bringt. Und zweitens ist – großes Kanzlerehrenwort! – dieser schöne Erfolg erst der Auftakt zu noch viel mehr davon, weil das nämlich nötig ist. Und dass es nötig ist, sieht man leider nicht an den schon Abgeschobenen, dafür umso deutlicher am „Stadtbild“, und genau um dies kümmert sich deshalb sein netter Herr Dobrindt.

Als ob es das gebraucht hätte, antwortet die Republik ihrem Kanzler mit dem Beweis, dass er ihren Geist genau getroffen hat: Allen Ernstes gönnt sie sich ausgerechnet darüber eine Runde Aufregung, ob die launige „Stadtbild“-Einlassung dem nationalen Haupt- und Großproblem angemessen ist, das der Kanzler mit ihr in aller amtsgemäß patriotischen Einfältigkeit und Eingängigkeit bebildert. Entsprechend fallen die Wortmeldungen des Dialogs zwischen den problembewussten Diskutanten aus:

„Wir müssen als Politik auch höllisch aufpassen, welche Diskussion wir anstoßen, wenn wir auf einmal wieder in ein »Wir« und »Die« unterteilen,“ sagte der SPD-Co-Parteichef Lars Klingbeil auf dem Gewerkschaftskongress der IG BCE. „Ich möchte in einem Land leben, bei dem nicht das Aussehen darüber entscheidet, ob man ins Stadtbild passt oder nicht.“ (tagesschau.de, 22.10.25)

Vizekanzler Klingbeil, der die ganze Abwehr- und Abschiebepolitik mit betreibt, für die Merz sich anpreist und die er zu eskalieren verspricht, sagt zu der – überhaupt nichts. Er bestreitet stattdessen, dass man ihre Notwendigkeit wirklich sehen kann. Und begründet das mit dem Staatsbürger, der in ihm, dem Staatsmann, haust und es gar nicht leiden kann, wenn optische Kriterien über Hierbleiben-Dürfen oder Rausgeschmissen-Werden entscheiden. Welche stattdessen, das muss er gar nicht sagen, irgendwie jedenfalls solche, bei denen er von einem hässlichen Diskriminieren in „Wir“ und „Die“ nichts mehr entdecken können will.

Angesichts der schönen amtlichen Klarstellung über die hässliche ausgrenzerische Qualität von unser aller deutschen Heimat über nichts anderes reden als den eigenen Willen, sich in der wohl und aufgehoben zu fühlen; und sich über nichts anderes beschweren als darüber, dass der Kanzler das mit seiner gut verständlichen Stadtbildrhetorik ein bisschen erschwert – das können Grüne auch, im eigenen Namen und stellvertretend:

„Ihre Aussage ist rassistisch, diskriminierend, verletzend und unanständig. Sie steht für eine Sprache der Ausgrenzung. Eine Sprache, die Menschen das Gefühl gibt, nie wirklich dazuzugehören. Eine solche Sprache führt zu Gewalt. Diese Haltung ist eines Bundeskanzlers unwürdig. Sie unterscheiden aufgrund äußerlicher Merkmale, wer zu Deutschland gehört... Wir fordern von Ihnen eine öffentliche Entschuldigung ... gegenüber all jenen Menschen, die seit vielen Jahren dieses Land als Nachbar*innen, Kolleg*innen, Freund*innen und Verwandte prägen. Sie sind in erster, zweiter, dritter Generation hier, trotzdem sprechen Sie ihnen ihr Deutschsein und ihre Zugehörigkeit zu Deutschland ab – allein aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder ihres Namens.“ (Offener Brief von „Schwarzen Menschen und People of Color, Politiker*innen von Bündnis 90/ Die Grünen und nicht zuletzt Bürger*innen dieses Landes“, filiz-polat.de, 25.10.25)

„Bitte nicht in diesem Ton!“ – das fällt ihnen dazu ein, dass der auch in allen Fragen des Ausländer-Abschiebens und -Schlechtbehandelns richtlinienkompetente Kanzler sich mit seinem Volk per Naserümpfen übers migrantisch verunstaltete Stadtbild verbrüdet; dass so eine „Sprache“ nicht geht, weil die „zu Gewalt führt“. Wo Merz der Würde seines Amtes gerade dadurch gerecht wird, dass er die von ihm angeordnete Polizei- und sonstige Behördengewalt gegen Ausländer

als pflichtschuldigt erbrachten Dienst am fremdenfeindlichen nationalen Konsens adelt und diesbezüglich nicht nachlassende Bemühungen verspricht, da plädieren sie auf „unwürdig“. Begründung? Sie fühlen sich beleidigt, wenn der oberste Deutsche sich ihrem Dafürhalten nach unterhalb jeder politmoralischen Gürtellinie an die von ihm fest unterstellte xenophobe Idiotie seiner Volksgenossen anwanzt – nämlich an die, das Hier- und Dasein als Deutscher als Privileg zu fühlen, welches die Anwesenheit der Fremden nicht verträgt, die man im Stadtbild sieht und riecht und überhaupt nicht leiden kann.

Da müssen die bunten Grünen dem Kanzler schon mal ganz heftig vorjammern, dass sie derlei patriotischen Unfug mindestens genauso gut beherrschen, obwohl man ihnen und denen, für die sie sprechen, das „aufgrund äußerlicher Merkmale“ womöglich gar nicht ansieht: Sie setzen „dieses Land“ und ihre Existenz in ihm – worin immer die besteht, wie bekömmlich auch immer die sein mag – mit dem persönlichen, an den paar ortsüblich einschlägigen Rollenprofilen vom Nachbarn bis zum Verwandten bebilderten Anstand gleich, mit dem sie diese Existenz bestreiten; und sie übersetzen den persönlichen Anstand in das Recht auf das „Gefühl dazuzugehören“. Als ob der Sauerländer ausgerechnet ihnen ausgerechnet das wegnehmen wollte.

Der hat etwas Besseres zu tun. Er nimmt das gezielte Missverständnis und die damit verbundene Forderung nach einer „öffentlichen Entschuldigung“ zur Vorlage für eine Fortsetzung:

„Herr Bundeskanzler, Sie haben in der vergangenen Woche mit Ihrer Äußerung zu Problemen im Stadtbild für Irritationen gesorgt. Können Sie bitte sagen, wie Sie das gemeint haben, was Sie mit dieser Äußerung bezwecken wollten und ob Sie da irgendetwas zurückzunehmen haben? Es gibt ja einige, die jetzt fordern, dass Sie sich dafür entschuldigen. – Herr Fischer, ich frag mal zurück. Ich weiß nicht, ob Sie Kinder haben, und wenn unter diesen Kindern Töchter sind, dann fragen Sie mal Ihre Töchter, was ich damit gemeint haben könnte. Ich vermute, Sie kriegen eine ziemlich klare und deutliche Antwort. Ich habe gar nichts zurückzunehmen. Im Gegenteil, ich unterstreiche es noch einmal, wir müssen daran etwas ändern und der Bundesinnenminister ist dabei, daran etwas zu ändern, und wir werden diese Politik fortsetzen.“

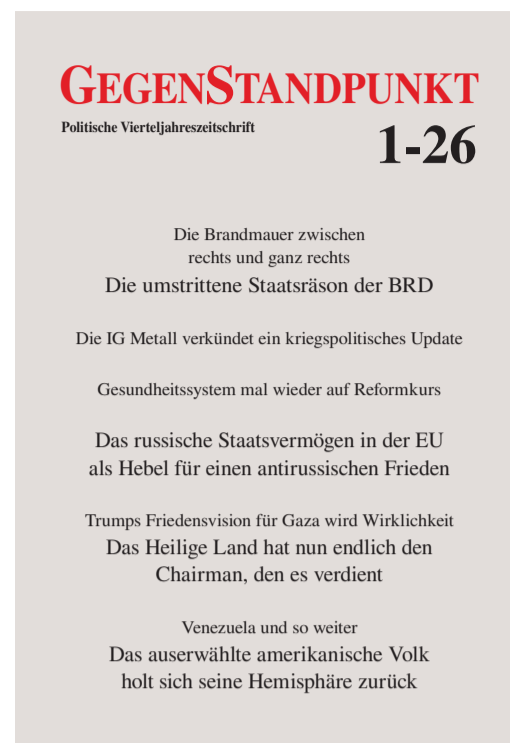
„Gefühl kann ich auch!“ Also jetzt nicht direkt persönlich, aber – man ist ja Kanzler – von Amts wegen stellvertretend für die „Töchter“ der Nation. Die sind ja spätestens seit 2016 – „Ich sag’ nur ‚Köhl!“ – im nationalen Dauerstrafprozess gegen Fremde die Kronzeuginnen dafür, dass das gesittete deutsche Volk Sittenstrolche mit zweifelhaftem Aufenthaltsstatus nicht verträgt bzw. dass ein zweifelhafter Aufenthaltsstatus letztlich mit dem Hang zur Unsittlichkeit gegenüber Deutschen jedes Geschlechts einhergeht, bzw. für beides. Von seinem ekelhaft augenzwinkernden Einfall, am „Stadtbild“ schon alles zu sehen, was ein Deutscher gar nicht leiden kann, also mit Verweis darauf alles gesagt zu haben, was jeder Deutsche denkt, braucht Merz wirklich nichts „zurückzunehmen“. Im Gegenteil: Das gar nicht weiter zu charakterisierende Unbehagen, die gar nicht weiter auszuführende „Vermutung“, diese ganze gezielt gefühlige Unsachlichkeit begründet, weil deren Inhalt und alternativlose Stoßrichtung „ziemlich klar und eindeutig“ sind, die totale Unwidersprechlichkeit seiner Politik, für die er sich darauf beruft – und weil er sich für die darauf beruft.

Über diese verlogenen vereinnahmende Tour – wenigstens das – regen sich ein paar Zehntausend Töchter auf:

„Herr Merz, wenn Sie sich wirklich um die Sicherheit von uns Töchtern sorgen: Wir haben ein strukturelles Problem mit Gewalt gegen Frauen – fast immer im eigenen Zuhause. Die Täter sind nicht irgendwelche Menschen im Stadtbild, sondern Ehemänner, Väter oder (Ex)Partner.“ (Online-Petition, innn.it/toechter)

Die Erfahrungen, die Frauen mit dem immer wieder gewalttätigen Anstand in der deutschen Heimat nicht erst seit dem kurzen Fehltritt Merkelscher Willkommenskultur machen, sollen dafür herhalten, der fremdenfeindlichen Politik des ostentativ reaktionären Sauerland-Vatis die Weihen stellvertretender Notwehr gegen Frauenschänder zu verpassen – in der Hinsicht sehen die von ihm so vereinnahmten Töchter klar, das können sie nicht leiden, und entsprechend entschieden fällt ihre Absage an ihn aus: „Wir lassen uns von Ihrem Rassismus nicht einspannen“ und „Such dir deine eigenen rassistischen Gründe, aber lass die Töchter dieses Landes aus dem Spiel“. Eine Absage erteilen sie damit der unsympathischen Gesinnung, aber nicht dem, was der Kanzler ansagt: Wenn sie darauf bestehen, dass er sich auf sie gefälligst nicht

farbeROT empfiehlt die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT



Schlimme Zustände auf der Welt, schwere Zeiten für Deutschland

Weil der Ukraine-Krieg nicht aufhört? Nein. Der ist ganz im Sinne Deutschlands. Das Schlimme ist, dass die USA unter Trump mit ihrem Willen, dem Krieg ein Ende auch gegen deutsch-europäische Ansprüche zu setzen, unberechenbar geworden sind. Das Gute ist aber, dass Selenskij sein Volk für uns immer weiter opfert. Und das Allerbeste ist, dass die Konfiszierung russischen Vermögens für ein Reparationsdarlehen der EU dafür sorgt, dass unserem Mann in Kiew für seine guten Werke nicht vor der Zeit das Geld ausgeht.

Weil im Nahen Osten schon wieder ein großer Krieg gegen den Iran tobt? Nein. Den begrüßt Merz wieder als gelungene ‚Drecksarbeit‘. Das Schlimme ist, dass Deutschland bisher komplett ausgemischt ist aus dem nahöstlichen Kriegsgeschehen und auch aus dem Frieden, den Trump als Chairman für das Heilige Land beschlossen hat und der Region aufs Auge drückt.

Weil Trump das Vorrecht seines weißen Herrenvolkes auf die amerikanische Hemisphäre propagiert und im Innern gegen Fremde vorgeht, wie man es sonst von Besatzungsmächten kennt? Nein. Daran findet Merz nichts auszusetzen – er bekämpft in Deutschland mit Verweis auf deutsche Stadtbilder das Übel Migration ja auch. Das Schlimme ist, dass Trump seine regierungsmäßige Fremdenfeindlichkeit im Rahmen einer Erneuerungspolitik betreibt, die auch als Angriff auf die Politik gemeint ist, die in Europa nach innen und außen gemacht wird.

Weil bei all den Sachen wie Aufrüstung, Krieg, Handelskrieg ... das Volk Abstriche vom Lebensstandard machen muss? Nein. Damit kann der Kanzler seines Volkes gut leben – er preist seine Verarmungspolitik, z.B. mit der x-ten Gesundheitsreform, geradezu an als das willkommene Ende von Zeug wie Work-Life-Balance, telefonischer Krankschreibung und ähnlichen Wirtschaftsstraftaten. All die Abstriche vom Sozialen braucht es nämlich, damit Deutschland keine Abstriche an seiner ökonomischen Stärke zu machen braucht.

Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist im Buchhandel oder beim Verlag für 15 € erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Karl Marx • Land in Sicht
Naumann & Eisenbletter • Ypsilon • DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger
GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg
MARBURG: Lehmanns • Buchhandlung am Markt • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel
GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube
Bestellungen direkt beim Verlag unter www.gegenstandpunkt.com

berufen soll, dann bleibt die wirkliche Politik unkritisiert, deren Vollzug er von der Glaubwürdigkeit seiner rechtfertigenden Einlassungen ja schließlich nicht abhängig macht und deren Inhalt schon gleich nicht von seinen feministischen und sonstigen Begründungen bestimmt wird. Und nicht nur das:

„Sind Sie unser aller Bundeskanzler? Ihre Worte haben Gewicht – und Ihre jüngsten Aussagen werden der Verantwortung dieses Amtes nicht gerecht. Im Gegenteil: Sie schaden unserer Demokratie und spalten ‚das Volk‘. Wir sind das Stadtbild. Wir sind die Töchter.“ (Ebd.)

Ausgerechnet diejenigen, denen an dieser einen Stelle an sich selbst einmal unangenehm aufstößt, wie sich die praktizierte Politik der Herrschaft zum herrschenden nationalen Konsens, vulgo: dem gesunden Menschenverstand des Volkes verhält, den sie für sich zitiert, halten „das Volk“ als die Instanz hoch, auf die Merz sich ihrer Meinung nach nicht berufen darf, weil er es in Wirklichkeit spaltet.

Das lässt sich Merz nicht zweimal sagen und ergreift die Gelegenheit, nun ein bisschen methodischer, nämlich entschieden herrisch zu werden: Er führt den Kritikerinnen, die sich von ihm nicht als „Töchter“ für seine Ausländer-raus-Politik angrapschen lassen wollen, genau das Verhältnis von herrschaftlicher Politik und volkstümlich nationalem Konsens vor, das sie offensichtlich falsch verstehen: Als Inhaber des höchsten Machtamtes im Lande, der die Politik bestimmt und macht, für die er sich auf sein Volk und den Konsens mit ihm beruft, bestimmt er logischer- und gerechterweise auch, worin der besteht. Per definitionem blamiert sich daher jeder, der und auch – das muss man dann schon mal sagen, liebe Töchter – jede, die es anders sieht, als Abweichter bzw. -in von dem antimigrantischen Volkswillen, den Merz nach Recht und Gesetz repräsentiert und mit bestem Gewissen exekutiert. Sodass sich dem Kanzler nur noch eine „Frage“, die aber umso heftiger aufdrängt, nämlich danach, ob da jemand „ein Interesse daran hat, ein Problem zu lösen, oder ob er eher ein Interesse daran hat, möglicherweise den Keil in unsere Gesellschaft zu treiben“ – und es ist das Schöne an dieser total redlichen Frage des Kanzlers, dass sie ihre eigene Antwort ist.

Womit bewiesen ist, was eigentlich gar nicht erst zu beweisen, sondern sowieso klar war: Moralisch liegt er mit seiner Politik genau auf der Linie des nationalen

Konsens, den er mit seiner „Stadtbild“-Aussage abrufen kann – und darf, weil er ihm in Ausübung seines Amtes den aktuellen praktischen Inhalt verleiht.

Aber auch die deutsche Nation lebt nicht von ihrer xenophoben Moral allein, und in der Hinsicht melden sich Bedenkenträger, die sich sicher sind, dass ihre Einwände mehr Gewicht haben als das Gemurmel von fremdenfreundlichen Humanisten, bei ihrer deutschen Ehre gepackten Integrierten oder pikierten Töchtern:

„Die Aussage ist nicht nur rassistisch, die Freunde eines ‚bereinigten‘ Stadtbildes verstehen nicht, dass Migrantinnen und Migranten längst die deutsche Wirtschaft am Laufen halten... Der Kanzler muss also wählen: zwischen einem ‚reindeutschen‘ Stadtbild und seinem erklärten Ziel, Deutschland ‚wieder auf Wachstumskurs zu bringen‘. Denn seine Aussagen diskriminieren alle Menschen mit Migrationsgeschichte... Laut IW tragen Migrantinnen zum Beispiel in Frankfurt am Main dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der Finanz- und Dienstleistungsbranche zu sichern. Migrantinnen und Migranten sind im Schnitt jünger als die einheimische Bevölkerung. Dadurch stabilisieren sie das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnerinnen.“ (Stephan Kaufmann, surplussmagazin.de, 21.10.25)

Merz erklärt die Anwesenheit fremdstämmiger Menschen zur Zumutung für den Patriotismus des deutschen Volkes, von der es schon allein beim Anblick seiner Innenstädte überwältigt wird, und das wuchtigste Geschütz, das gegen diese patriotische Dummheit aufgeföhren wird, ist der materielle Egoismus der deutschen Nation, die Ausländer für ihren nationalen Reichtum braucht. Den sollen die lieben Volksgenossen als ihren Wohlstand begreifen, um dessentwillen sie sich also – genauso wie ihr Kanzler! – gefälligst mit der Notwendigkeit des Hierseins von Fremden abfinden und bloß nicht weiter danach fragen sollen, wie viel Wohlstand tatsächlich bei ihnen aufläuft, wenn „die deutsche Wirtschaft am Laufen“ gehalten wird.

Bringt das vielleicht den Mann, der schließlich nicht nur der Ausländer-raus-, sondern auch der Wirtschaftskanzler aller Deutschen sein will und ist, in die Defensive? Keineswegs – im Gegenteil: Er entdeckt in solchen Anwürfen schon wieder nichts als eine wunderbare Vorlage für weitergehende Klarstellungen zu seinem Stadtbild-Spruch, die eigentlich überflüssig sind und doch niemals öde werden: ▶

► „Ja, wir brauchen auch in Zukunft Einwanderung. Das gilt ebenso für Deutschland wie für alle Länder der Europäischen Union. Wir brauchen sie auch und vor allem für unsere Arbeitsmärkte. Denn schon heute sind viele Menschen mit Migrationshintergrund, wie wir es ausdrücken, unverzichtbarer Bestandteil unseres Arbeitsmarktes. Sie arbeiten in Deutschland; sie leben in Deutschland. Sie arbeiten in Pflegeheimen und in Universitäten. Wir können auf sie gar nicht mehr verzichten, ganz gleich, woher sie kommen, welcher Hautfarbe sie sind und ob sie erst in erster oder schon in zweiter, dritter oder vierter Generation in Deutschland leben und arbeiten. Die meisten von ihnen sind auch schon Staatsbürger unserer Länder. Das gilt auch für Deutschland.“ (Merz) Presse-Statement nach der Westbalkan-Konferenz in London, 22.10.25)

Über fremdstämmige Nützlingle wollte der Saarländer schlicht nicht geredet haben, und hat es ja auch nicht, als er seinen Kampf gegen fremde

Schädlinge bzw. schädliche Fremde als Dienst an unzufriedenen biodeutschen Stadtbild-Betrachtern angepriesen hat. Die Nützlingle dürfen kommen, ja sie müssen kommen, und dass sie da sind, rechnet Merz sich und seinem patriotischen Arbeitsmarkt-Durchblick genauso hoch an wie seine Abwehr- und Abschiebepolitik gegen die anderen; den Guten unter den Fremden – dass sie gut sind, merkt man nicht zuletzt daran, dass sie „auch schon Staatsbürger“ sind – nimmt er es nicht mehr übel, dass sie hierher migriert sind, auch wenn er ihnen ihren „Migrationshintergrund“ bis in die Kindeskindeskindergeneration hinterherrechnet. So viel dazu.

Was wie von selbst auf den Ausgangspunkt zurückführt, der nun umso klarer vor Augen steht:

„Probleme machen uns diejenigen ... die keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus haben, nicht arbeiten und sich auch nicht an unsere Regeln halten. Viele von ihnen bestimmen auch das öffentliche Bild in unseren

Städten. Deshalb haben mittlerweile so viele Menschen in Deutschland ... einfach Angst, sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Das betrifft Bahnhöfe, U-Bahnen, bestimmte Parkanlagen, und es bestimmt ganze Stadtteile, die auch unserer Polizei große Probleme bereiten. Die Ursachen dieser Probleme müssen wir lösen... Deswegen werden wir auch morgen in Brüssel noch einmal über die gemeinsame europäische Einwanderungs und Asylpolitik sprechen.“ (Ebd.)

Über das Hiersein von Fremden entscheidet das „Wir“, dem Merz politisch vorsteht. Dafür haben das „Wir“ und er so zwingende wie übersichtliche Kriterien – und zwar vor allem nur eines: den Nutzen, den diese Fremden für Deutschland entweder erbringen oder eben nicht. Und wenn mit der Gewalt der dazu Befugten über das Bleiberecht gemäß Nutzen bzw. Nutzlosigkeit entschieden ist, so ist damit zugleich alles über die menschlichen Objekte dieser Entscheidungen gesagt, nämlich über deren

moralische Qualität, die – da kommen das „Wir“ und sein Kanzler ja her – man ihnen dann auch ganz äußerlich ansieht, wenn man ihrem Unwillen, „sich an unsere Regeln zu halten“, in den dreckigen Bahnhofsvierteln und stinkenden U-Bahnschächten begegnet, die ohne sie so idyllische Orte wären. So gehören die objektive Vernunft hoheitlicher Einwanderungspolitik und die ins subjektive Gefühl gelegte patriotische Moral zusammen, und genau in dieser Einheit vertritt sie Merz: Wer nützlich ist, also wer hier sein und bleiben darf, bestimmen wir, und alle anderen trifft ganz zu Recht nicht nur jede Härte unserer Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik, sondern jedes moralische Unwerturteil dahingehend, dass sie genau diese Behandlung und nichts anderes verdienen. Das, nämlich diese Fremden hat er gemeint, und keine anderen: diejenigen, die so schäbig behandelt werden, wie sie behandelt werden, weil sie ein für allemal nicht hierhergehören. Ins heimatische „Stadtbild“ eben. ◀

Die IG Metall verkündet ein kriegspolitisches Update

Während deutsche Politiker seit Jahren die als „Zeitenwende“ ausgerufenen neue, unbedingt kriegstüchtige Raison der Republik nach Kräften vorantreiben, mit ihrer Haushalts- und Wirtschafts-, Europa-, Außen- und Bündnispolitik den Laden gründlich umkrepeln, fühlt sich im Herbst '25 auch die mitgliederstärkste deutsche Einzelgewerkschaft noch einmal extra dazu aufgerufen, aufgeblasen Folgendes zur Kenntnis zu bringen:

„Wir erkennen an, dass neue Bedrohungslagen eine gute Ausrüstung der Bundeswehr und eine Stärkung der deutschen und europäischen Verteidigungsfähigkeit erforderlich machen ...“

Das Land kann aufatmen – als hätten sie's eigens noch einmal geprüft und wären nach reichlicher wie reiflicher Überlegung zu dem Schluss gekommen, der Regierung das Plazet zu erteilen für das Projekt neuer strategischer Größe, mit dem die Land und Leute in Anspruch nimmt. Freilich muss sich die Regierung gefallen lassen, dass die Billigung ihres Programms mit mahnendem Zeigefinger daherkommt:

„... im Rahmen klarer Leitplanken und ohne Ausrüstungsspiralen. Verteidigungsausgaben müssen sich an dem bemessen, was für die Ausübung des grundgesetzlichen Auftrags der Landesverteidigung und zur Erfüllung von Bündnisverpflichtungen tatsächlich notwendig ist...“ (Positionspapier der IG Metall)

Die Tonlage ist allerdings dann doch einigermaßen lächerlich. Mit ihren Forderungen nötigt die Gewerkschaft niemanden zu nichts, legt sich mit den Ermahnungen zu astrein grundgesetzlicher Legitimierung des Auftrags und seiner Finanzierung mit keiner Instanz und keinem Interesse der Zuständigen an. Kein anständiger Rüstungspolitiker, der die Erweiterungen und Verbesserungen des Waffenarsenals nicht als notwendige Reaktion auf die Herausforderungen durch den Feind in tiefer Verantwortung vor den Leistungen des Steuerzahlers zu begründen wüsste; und die Warnung vor der berüchtigten Spirale ist das von solchen Figuren selbst vorgebrachte routinierte Bekenntnis zur eigenen Beschränkung auf das Nötige und Wesentliche, also Legitime, während der Feind immerzu überflüssige Vernichtungsmittel anhäuft. Vor rechtlichen, moralischen, sicherheitspolitischen und sonstigen Leitplanken kann sich in der dauernden öffentlichen Debatte sowieso kein Schwein retten, wobei die Hauptsache ohnehin darin besteht, je nach Bedarf die „russische Bedrohung“ passend aufzublasen, wo nicht herbeizulügen, um alle Facetten der technischen Erneuerung sämtlicher Streitkräfteabteilungen als maßgeschneidert auf die neuen Einsatzbedürfnisse zu präsentieren. Dazu noch die ewige Beschwörung, dass auf die USA kein Verlass mehr sei, weswegen mehr Europa usw. – mehr Leitplanke braucht es nicht und die IG Metall wüsste auch nichts Besseres oder auch nur Anderes.

„Keiner will Krieg. Wir alle wollen eine Welt, in der wir ohne Kriegshandlung auskommen. Wenn man aber eine Bundeswehr haben will, die unterstützen und abschrecken sowie auch anderen Staaten helfen kann, dann braucht man Ausrüstung. Alle aktuellen Umfragen belegen doch: Wenn wir den Scheiß bauen müssen, dann bauen wir ihn lieber hier in Deutschland.“ (Jan Otto von der IG Metall Berlin am 23.3.25 in der rbb24-Abendschau)

Das billige Allerweltsbekenntnis, Krieg wirklich nicht so gut zu finden, steht vollständig im Dienst, sich als Verantwortungsträger zu inszenieren, dessen Zustimmung zur aktuellen schwarz-rot-goldenen Vorkriegspolitik auf keinen Fall mit einem kriegsgeilen Hurrapatriotismus zu wechseln ist. Und kaum ist sie mit solchen Darbietungen fer-

tig, präsentiert sich die Arbeitervertretung endlich einmal mit der Mehrheit der Deutschen in Gestalt ominöser „Umfragen“ auf ihrer Seite. Die verlangen danach, dass bei allen mit hemdsärmeligem Gerede simulierten Vorbehalten gegen „den Scheiß“ fleißige deutsche Belegschaften und ihre Standesorganisation von jetzt ab der Berufung zu folgen haben, der verlängerte Arm des wehrhaften Volkswillens in der Ausstattung mit passenden Kriegsmitteln zu sein. Dazu kann kein aufrechter Metallgewerkschafter Nein sagen. Derart problembewusst das Ja zu Rüstung und Krieg veredelt, auf das es einzig ankommt, mag man kaum fragen, was einen gewöhnlichen Metallarbeiter solche Fragen nach Krieg und Abschreckung, dem Nutzen einer wunderbar hochgerüsteten Bundeswehr und den fälligen Unterstützungsaktionen einer solchen Militärmaschine eigentlich angehen. Der hat in der Regel alle Hände voll damit zu tun, seine Erwerbsbiographie halbwegs tauglich zusammenzustricken. Dabei bleiben für gewöhnlich kaum Zeit und Muße, um über den Urlaub hinaus Kontakte zu anderen Staaten zu knüpfen, die nach schützender Waffengewalt schreien, oder den Erledigungen seines Werkeltagslebens ein paar hinzuzufügen, die ernsthaft die Frage aufwerfen, ob sie sich nicht vielleicht doch ohne Kriegshandlungen machen ließen. Zum Glück erschöpft sich der Horizont wohlherzogener deutscher Arbeiter nicht einfach in den praktischen Obliegenheiten des Alltags – daneben ist auch der proletarische Mensch zum Erleben höherer Art fähig und damit reif für alle Fragen der Weltpolitik:

„Wir erleben eine neue Weltordnung, die Machtverhältnisse haben sich zu Ungunsten Europas entwickelt. Der Leitmarkt für Innovationen hat sich Richtung China verschoben, die Manipulation durch die protektionistische Zollpolitik der USA ist unberechenbar. Bei China und den USA haben wir es mit autokratisch regierten Gegenpolen zu tun.“ (Mario Gutmann, Betriebsrat Robert Bosch, IG Metall, 24.10.25)

Was für eine Bedrohung ein „Leitmarkt für Innovationen“ überhaupt darstellt, ob das ungefähr das Gleiche ist wie „Manipulation durch protektionistische Zollpolitik“ von ganz anderer Stelle und ob das überhaupt sinnvolle und aussichtsreiche Anwendungsfälle für eine hochgerüstete, personell ausgebaut, technisch durch und durch modernisierte Bundeswehr sind, und wie dieser Ruf nach europäischer Macht, die nicht unter die Räder kommen darf, zu dem ganzen Zeug überhaupt passt – das alles ist spätestens dann scheinbar, wenn mit dem Stichwort Autokratie die universelle Bedrohung „unseres Zusammenlebens“ durch einflussreiche ausländische Mächte vor Augen gestellt ist.

Und die Gelegenheit ist für ordentliche deutsche Arbeiterführer einfach einzigartig: Wo gefühlte zehntausendeinhundertvierundzwanzig Beschwörungen, der Unternehmerstand solle doch, bittschön, wegen Kaufkraft, Standort, Steuern, Arbeitsplätzen und so Zeug die willigen, fleißigen und hochqualifizierten Belegschaften hierzulande gebrauchen, statt geldgierig ins nahe und ferne Ausland zu ziehen, bei dem auf renditebedingt taube Ohren gestoßen sind, können sie damit auftrumpfen, dass, wo es um die Verteidigung der Heimat geht, zwischen ihre Bereitschaft, das Nötige zu tun, und die Interessen der Nation kein Blatt Papier passt. Davon können sich vaterlandslose Industriekapitäne wirklich eine Scheibe abschneiden:

„In Zeiten von Industrieflücht aus Deutschland ist es an der Zeit, dass es wieder mehr Patriotismus zwischen sicherheitsrelevanten Schlüsselindustrien und Zulieferern gibt.“ (Gutmann, ebd.)

Einmal im Höhenrausch nationaler Verantwortung, wird auch die Führung zur Ordnung gerufen, endlich ernsthaft Maßnahmen zu ergreifen, damit sich die in den Startlöchern stehenden Betriebsmannschaften ans Werk machen können, die deutsche Kriegstüchtigkeit mit rüstungstechnologischen Spitzenprodukten auf Vordermann zu bringen, anstatt das Geld ausgerechnet dem unsicheren Kantontenisten aus Übersee in den Rachen zu werfen:

„Die IG Metall ermahnte die künftige Bundesregierung, Rüstungsgüter nicht weitgehend bei US-Herstellern zu bestellen. Von dem vor drei Jahren bereitgestellten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr sei der größte Anteil nach Amerika geflossen... Die Rüstungsindustrie ist eine politische Branche, die ihre Existenzberechtigung hat, weil die Politik sagt: Wir brauchen Verteidigungswaffen. Wenn wir in Europa zu dem Schluss kommen, wir müssen uns selbst verteidigen, dann müssen wir die notwendigen Verteidigungssysteme selbst herstellen können.“ (IG-Metall-Vize Jürgen Kerner, Stuttgarter Zeitung, 10.3.25)

Die Übung, vom Standpunkt des großen Wir die nationalen Interessen gleich als dasselbe wie die deutsche Vormachtstellung in und über Europa zu behandeln, beherrschen die eingebildeten Lenker der nationalen Geschicke nicht weniger kunstvoll als ihre Kollegen in der Medienlandschaft – und erteilen nicht nur notorischen Autokraten eine Absage, sondern auch dem demokratisch im Großen und Ganzen unbedenklichen linksrheinischen Nachbarn schlechte Noten:

„Wir sind fest überzeugt: Dassault hat sich als verlässlicher Partner innerhalb Europas in Zeiten akuter Bedrohung komplett disqualifiziert. ... Das europäische Kampfflugzeug-Projekt FCAS müsse neu aufgestellt werden... Wir sehen dafür die Zwei-Kampfflugzeug-Lösung als gangbaren Weg... Dabei würden Deutschland und Frankreich jeweils ein eigenes Militärflugzeug bauen, während zugehörige Projekte wie Drohnen und eine ‚Combat Cloud‘ gemeinsam entwickelt würden... Wir trauen den Belegschaften in Deutschland ein Kampfflugzeug der nächsten Generation zu, wir werden so die Kompetenzen der deutschen Industrielandwirtschaft erhalten und weiterentwickeln – und nicht Steuergelder zum Aufbau sicherheitsrelevanter, wettbewerbsbeherrschender Kapazitäten an anderer Stelle verschwenden.“ Dabei könnten auch andere französische Unternehmen mitarbeiten, nicht aber Dassault.“ (IG-Metall-Vize Jürgen Kerner und Gesamtbetriebsratschef von Airbus Defence and Space Thomas Pretzl in einem Brief an Verteidigungsminister Pistorius, zit. im Handelsblatt vom 10.12.25)

Die IG-Metall-Funktionäre sind voll in ihrem Element und treten an als Rüstungsexperten mit Zukunftsvisionen, Prüfungsbeauftragte der Zulässigkeit der Wirtschaftsinteressen der Partner samt ihrer bündnispolitischen Zuverlässigkeit, industrie- und standortpolitische Verwalter der Haushaltskassen im Dienste des deutschen Steuerzahlers. Nichts spricht mehr für diese Amtsanmaßung als die vorbildliche Leistungsbilanz deutscher Belegschaften unter Führung der Gewerkschaft und ihrer Betriebsräte. Wie die sich als strapazierfähiges Mittel deutscher Kapitalisten und Politiker bewähren, führen Spitzenkräfte der organisierten Arbeiterschaft exemplarisch vor und als unschlagbares Argument ins Feld, sie auch weiterhin mit all den nötigen Aufgaben zu betrauen, die der strategische Aufbruch eben braucht. Das erledigen die deutschen Werksmannschaften allemal besser und zuverlässiger als irgendein Franzmann – und voller Stolz darauf, dass ihnen das so schnell keiner nachmacht:

„Was wir hier vorhaben, ist in der deutschen Indus-

triegeschichte wahrscheinlich so noch nie vorgekommen: innerhalb eines Jahres eine komplette laufende Produktion verlagern und eine gänzlich neue, andere aufbauen. Während wir das Werk leer räumen und für die neuen Anlagen vorbereiten, wird auch die Infrastruktur auf Vordermann gebracht. Wir schneiden also alte Zöpfe ab – und schaffen viel Neues... Es ist ein enormer Kraftakt der Belegschaft, denn wir müssen auch die Vorproduktion stemmen und gleichzeitig komplett neue Prozesse mit der neuen Produktion aufbauen... Rheinmetall investiert in unseren Standort, aber auch in unsere Belegschaft mit Qualifikation und Weiterbildung. Das hat sie sich auch verdient. Was die Belegschaft in diesem Prozess, aber auch in den Jahren davor geleistet hat, nicht nur mit Überstunden am Wochenende, ist außergewöhnlich... Wir schreiben hier eine Erfolgsgeschichte am Standort. Und die Alternative für unseren Standort wären wahrscheinlich das Auslaufen der Produktion und am Ende Sozialplanverhandlungen mit der kompletten Schließung gewesen...“ (Betriebsratsvorsitzender Bernd Benninghaus und sein Stellvertreter Martin Wolfgang Hoffmann, IG Metall Berlin, 6.6.25)

Sie gehen mit den Opfern hausieren, die den Belegschaften abverlangt werden, werben mit dem Nutzen, den die Gegenseite auf Kosten der Arbeiterschaft über Jahre hinweg genossen hat, und bedanken sich artig bei ihren Anwendern dafür, Qualifikationsmaßnahmen für den reibungslosen Übergang von der zivilen zur Rüstungsproduktion nicht selbst zahlen zu müssen. Ihr unerschütterliches Selbstbewusstsein schöpfen deutsche Gewerkschafter daraus, dass ihre Mitglieder und das gesamte deutsche Arbeiterkollektiv das bescheidene, strapazierfähige und unbedingt zuverlässige Mittel aller wirklich wichtigen Interessen und Entscheidungsträger sind, und sie bestehen mit dem Hinweis darauf auf ihrem unbedingten Recht zur Fortsetzung der Erfolgsgeschichte.

Ein kleines PS wegen des eher übersichtlichen Haufens, der womöglich noch irgendwelche Vorbehalte pazifistischer Art gegen diese moderne Fassung nationaler Verantwortung hegen mag, haben die Metaller auch noch in petto:

„Das Thema Rüstung wird natürlich diskutiert, aber die Aussicht auf einen sicheren Arbeitsplatz überzeugt unsere Kolleginnen und Kollegen... Es gibt Einzelfälle von Kollegen, die ein Problem damit haben, in der Rüstungsindustrie zu arbeiten. Für sie hat der Betriebsrat aber ein offenes Ohr... Natürlich gibt es immer unterschiedliche Meinungen zum Thema Rüstung. Wir wünschen uns von allen Mitgliedern der IG Metall, mit uns im Gespräch zu bleiben, gerade auch wenn sie mit dem Thema Rüstung ein Problem haben. Lasst uns reden und im Austausch bleiben. Schließlich geht es nicht darum, vom eigenen Standpunkt zu überzeugen, sondern Verständnis füreinander zu entwickeln. Das kann uns allen in diesen Zeiten nicht schaden.“ (Ebd.)

Unbezahlbar: der gewerkschaftliche Evergreen unumstößlich sicherer Arbeitsplätze – zum Greifen nah durch das große Aufbauprojekt eines deutsch-europäischen Militärapparats, mit dem die uner-schütterliche Feindschaft gegen Russland nachhaltig als politische Raison der Berliner Republik in Sachen Kriegsplanung und Abschreckung vorangetrieben wird. Die pazifistische Minderheit muss das nur noch im Geiste wechselseitiger Toleranz unbedingt als legitime Meinung respektieren, sich allzu ernst gemeinte Einwände in den Hintern schieben und kann mit so viel Verständnis für die Gegenseite ganz zu Recht darauf setzen, dass sie mit ihren unzeitgemäßen Bedenken allemal ihren Platz im guten deutschen Arbeiterkollektiv findet. ◀